

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Jutta Krellmann,
Alexander Ulrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/9410 –**

Soziale Errungenschaften in der Europäischen Union verteidigen und ausbauen

A. Problem

Die Antragsteller sehen in der Europäischen Union (EU) über Jahrzehnte erkämpfte soziale Errungenschaften in Gefahr. Die Finanz- und Wirtschaftskrise werde genutzt, um u. a. als Bedingung für Kredite in erheblichem Umfang sozialstaatliche Regelungen abzubauen.

B. Lösung

Mit dem Antrag soll ein grundlegender Kurswechsel in der EU-Politik der Krisenbekämpfung erreicht werden. Dazu gehöre, dass Deutschland weder den Fiskalpakt noch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ratifiziere. Die Bundesregierung solle für diese Position bei den Regierungen und Parlamenten der anderen EU-Staaten werben.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9410 abzulehnen.

Berlin, den 23. Mai 2012

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Max Straubinger
Stellvertretender Vorsitzender

Josip Juratovic
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Josip Juratovic

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/9410** ist in der 178. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Mai 2012 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie ihre Ursachen sind nach Einschätzung der Antragsteller auch nach vier Jahren noch ungelöst. Mehrere süd- und osteuropäische Staaten stünden inzwischen vor dem finanziellen Ruin, ihre Bürgerinnen und Bürger vor dem sozialen Absturz. Die Troika bestehend aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds fordere als Gegenleistung für Kredite, den Sozialstaat abzubauen und soziale Standards wie Tarifverträge und Mindestlöhne auszuhöhlen. Die Krise werde genutzt, um sozialstaatliche Regelungen in unvorstellbarem Ausmaß einzureißen. Im Windschatten der Krise bahne sich ein gigantisches Umverteilungsprogramm seinen Weg. Zudem würden in der gesamten EU die Steuerzahlenden für die Bankenrettung zur Kasse gebeten. Nun solle der soziale Kahlschlag mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und dem sogenannten Fiskalpakt auf Dauer festgeschrieben werden. Die Bundesregierung sei der Motor für diese Entwicklung. Notwendig sei ein grundlegender Kurswechsel zugunsten der sozialen Absicherung der Bürger und Bürgerinnen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben den Antrag auf Drucksache 17/9410 in ihren Sitzungen am 23. Mai 2012 beraten und dem Deutschen Bundestag gleichlautend mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/9410 in seiner 105. Sitzung am 23. Mai 2012 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte die dem Antrag zugrunde liegende Analyse. Die angegriffenen Maßnahmen seien als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise notwendig; denn einige Länder hätten bisher deutlich über ihre Verhältnisse gelebt. Der Antrag verdrehe die Tatsachen. Die EU helfe den in Not geratenen Mitgliedstaaten und übe Solidarität. Hetze dagegen müsse unterlassen werden. Über den ESM bestehe Konsens in Europa wie auch über den Fiskalpakt.

Die **Fraktion der SPD** stimmte der Analyse im Antrag zu. Bisher liege der EU-Fokus auf dem gemeinsamen Markt. Konkretes Handeln gelte allein Finanzmaßnahmen. Künftig müsse man Europa stärker als gemeinsamen Standort begreifen, in dem auch die Sozialpolitik ihren Stellenwert habe. In diesem Bereich laufe die Zeit für positive Veränderungen davon. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent müsse man sofort handeln. Allerdings teile die Fraktion der SPD nicht die strategischen Konsequenzen des Antrags. Wenn die Gewerkschaften einen Mindestlohn von 8,50 Euro forderten, mache es keinen Sinn, im Deutschen Bundestag einen Betrag von 10 Euro zu beschließen. Daher werde sich die Fraktion bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Die **Fraktion der FDP** teile weder Analyse noch Konsequenzen des Antrags. Die aktuellen Probleme in einigen EU-Staaten entstammten nicht dem Sparprogramm, sondern der Wirtschafts- und Finanzkrise. Wachstum als Lösung der Probleme lasse sich auch nicht durch Schulden erkaufen, sondern nur durch Strukturereformen erreichen. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP lehne man darüber hinaus einen bundeseinheitlichen Mindestlohn weiterhin ab. Die Fraktion stimme gegen den Antrag.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte den Abbau sozialer Errungenschaften in der EU im Zuge der Krisenbekämpfung. Die Jugendarbeitslosigkeit liege inzwischen in einigen europäischen Staaten bei rund 50 Prozent, die Arbeitslosigkeit insgesamt sei stark gestiegen. Tarifverträge würden ausgesetzt, Mindestlöhne gesenkt. Es gebe Massenentlassungen im öffentlichen Dienst. Das alles schwäche zudem die Gewerkschaften. Die Zahlen für die Situation in Europa seien alarmierend. Daher wolle man versuchen, die Bundesregierung für einen Politikwechsel zu gewinnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich der Bewertung an. Die Situation in vielen Ländern sei alarmierend. Der Fiskalpakt werde dort sehr skeptisch gesehen. Eine Beschränkung aufs Sparen bei der Krisenbekämpfung verursache zusätzliche Probleme, auch die Einnahmeseite müsse in den Blick genommen werden. Zudem würden die sozialen Standards in der EU derzeit mit Füßen getreten. Aber anders als im vorliegenden Antrag sehe die Fraktion die Antwort auf die Probleme in einer europäischen Lösung.

Berlin, den 23. Mai 2012

Josip Juratovic
Berichtersteller

